



AKTUELLES

14. APRIL 2021 - AKTUELLES

Offener Brief an die Bundespolitik



Alleinerziehende und ihre Kinder waren schon vor der Corona-Pandemie besonders stark von den steigenden Wohnkosten belastet und zu 42 Prozent überproportional armutsgefährdet. Grafik: kfd/pixabay

Steuerentlastungen beim Wohngeld dürfen Alleinerziehenden nicht auf die Füße fallen, fordern mehrere Verbände, darunter die AGIA, in der die kfd-Mitglied ist.

Höhere Steuerentlastung für Alleinerziehende, aber in Folge Einbußen beim Wohngeld für Alleinerziehende mit kleinsten Einkommen?

In einem offenen Brief an die Bundespolitik fordern Alleinerziehendenverbände Korrekturen beim Wohngeldgesetz, damit die überfällige Steuerentlastung nicht ausgerechnet für Alleinerziehende mit kleinsten Einkommen zum Eigentor wird.

Neben der Arbeitsgemeinschaft Interessenvertretung Alleinerziehender (AGIA), in der die kfd Mitglied ist, haben der Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), die Selbsthilfeinitiativen Alleinerziehender (SHIA) und die Diakonie den Brief unterzeichnet.

Alleinerziehende und ihre Kinder waren schon vor der Corona-Pandemie besonders stark von den steigenden Wohnkosten belastet und zu 42 Prozent überproportional armutsgefährdet. Ein Grund für die häufige Einkommensarmut in Einelternfamilien ist, dass sich Leistungen gewissermaßen "gegenseitig auffressen", weil rechtliche Schnittstellen nicht aufeinander abgestimmt sind.

Eindringlich appellieren die Verbände daher an die Politik: "Bitte sorgen Sie dafür, dass nicht ausgerechnet Alleinerziehende mit kleinsten Einkommen bei den überfälligen Steuererleichterungen für Alleinerziehende durchs Raster fallen und unterm Strich weniger Geld zur Verfügung haben!"

Mit Material des VAMV

Zum offenen Brief

KONTAKT

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Bundesverband e.V.

Prinz-Georg-Straße 44
40477 Düsseldorf

Telefon: 0211 44992-0

Fax: 0211 44992-75

kontakt@kfd.de

STAND: 14.04.2021
